Das ist ja gerade nochmal gut gegangen: Mit 3.000 Polizisten ist es wohl in letzter Minute gelungen, einen veritablen Staatsstreich durch Heinrich XIII und seinen spezialausgebildeten bewaffneten Arm abzuwenden. Wegen der besonderen Brisanz des Einsatzes und des hohen Niveaus der Logistik der Terroristen wurden für die Razzien noch zusätzlich Journalisten angeheuert. „Nur 3.000 Beamte erschienen uns angesichts von 25 hochgebildeten Terroristen dann doch als sehr unvorsichtig. Darum haben wir bereits Wochen im Vorfeld Hilfstruppen bei ausgesuchten Medien rekrutiert, auch als menschliche Schutzschilde für die Beamten – schließlich stammen einige der Terroristen aus den spezialausgebildeten Milieus pensionierter Richter oder prominenter Starköche“, erklärte die Pressestelle der Polizei. Die Entscheidung, zu den jüngsten Razzien in der martialisch hochgerüsteten Reichsbürgerszene zahlreiche Medienvertreter mitzunehmen, war auch auf Kritik durch sogenannte Juristen gestoßen – etwa, dass durch Live-Bilder der Verhaftungen die Unschuldsvermutung verletzt worden sei. Unabhängige Experten treten dem entgegen: „Dass die Verhafteten unschuldig sein sollen, das möchte ich doch stark bezweifeln angesichts der Bilder, die ich gerade im TV gesehen habe – also die sehen mir schon sehr verdächtig aus“, führt etwa ein Sprecher der zivilgesellschaftlichen Initiative „Zentrum Transatlantische Moderne“ ins Feld. „Und wer nichts zu verbergen hat, der hat doch auch nichts befürchten.“ Die Bevölkerung habe aber ein Recht darauf, an derartigen Spektakeln direkt teilzuhaben, sie bezahle schließlich den ganzen Aufwand. „Und gerade jetzt – nach dem Ausscheiden bei der WM – ist es wichtig und richtig, die emotionale Leere mit ein bisschen Terrorzirkus zu füllen.“ Hier folgen weitere **satirische** Agenturmeldungen. Von **Tobias Riegel**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/221209_Reichsbuerger_Razzien_Zu_wenig_Personal_Polizei_rekrutiert_Journalisten__NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Eheleute werfen sich gegenseitig vor, die Kinder ausgetragen zu haben

Ein kniffliger Fall wird aktuell vor dem Familiengericht Duisburg verhandelt. Laut einer Pressemitteilung bestreiten sowohl der Vater als auch die Mutter, die eigenen Kinder ausgetragen zu haben. Was den Fall laut Gericht so schwierig macht: Wegen der zwischenzeitlich eingetretenen Zeitenwende lasse sich der Sachverhalt nicht endgültig

aufklären. Es stünde nun mal Aussage gegen Aussage. So seien etwa Fotos der Mutter aus der Zeit der angeblichen Schwangerschaft, die der Vater vorgelegt hat, keine Argumente, weil sie sich auf die „Alte Rechtsprechung" berufen würden. „Aber Putins Vernichtungskrieg hat unsere Vorstellungen von Wahrscheinlichkeiten und viele Auffassungen von logischem Vorgehen nun mal obsolet gemacht", betont ein Sprecher des Gerichts. Ob es uns gefalle oder nicht: Man müsse jetzt praktisch bei Null wieder anfangen. Als wichtigen Präzedenzfall bei der Entwicklung einer „Post-Ukrainekrieg-Logik" betrachten viele Experten den Streit um den Beschuss des Kernkraftwerks Saporischschja in der Ukraine. Auch dort gebe es absolut gleichwertige gegenseitige Anschuldigungen. „Wir werden also das durch große Medien gefällte Urteil zur Täterschaft im Fall des AKW abwarten müssen, um zu sehen, ob es Rückschlüsse auf den Familienkonflikt gibt", so der Gerichtssprecher. Experten und Beobachter warnten unterdessen vor möglichen Manipulationen anhand einer angeblichen „Vorgeschichte" der Schwangerschaft.

Affäre um US-kritischen TV-Witz eskaliert

In der Affäre um einen im öffentlich-rechtlichen TV ausgestrahlten Sketch wird der Ton schärfer. Der Beitrag, der sogenannte „US-Kriege" zum Inhalt hatte, war vergangene Woche wohl versehentlich ausgestrahlt worden und hatte für Entsetzen gesorgt: Schließlich hätten Faktenchecker das Beharren auf angeblichen US-Kriegsverbrechen längst als „False Balance" eingeordnet. Warum dieses Urteil in dem betreffenden Sender ignoriert wurde und welche Sicherheitsverfahren hier versagt haben, das soll nun Inhalt einer internen Prüfung sein. Die Verantwortlichen wurden freigestellt. Der Beitrag wurde zudem aus den Mediatheken entfernt und bei Social-Media mit Warnhinweisen versehen. Die betreffende Comedy-Sendung hatte im Jahr 2005 schon einmal in ähnlicher Weise journalistische Standards verletzt, die Verantwortlichen hatten sich seitdem aber unauffällig verhalten – umso schockierter war nun das Publikum. Das Netz tobte: „TV als Bühne für Putin-Faschisten – Megafail!", hieß es beim Twitteraccount „#Pseudolinke für Solidarität". Ein Sprecher der unabhängigen zivilgesellschaftlichen Initiative „Zentrum Transatlantische Moderne" erklärte, man müsse auch prüfen, ob man den Verantwortlichen nicht die materielle Basis entziehen könne – schließlich werde hier mit den Beitragsgeldern der Bürger ein trübes Süppchen gekocht. Querdenker und Putintrolle hatten den Clip fleißig im Netz verbreitet – und das, obwohl er auch von einem prominenten Rechtsradikalen geteilt worden war.

Hinweis: Diese Textsammlung ist eine Satire

Titelbild: Andy Gin/Shutterstock

Mehr zum Thema:

Frieden und Wohlstand waren schreckliche Irrtümer

Moskau: „Als nächstes sprengen wir den Kreml in die Luft“

Studie: Masken schützen wohl auch vor Putin-Propaganda

Satire: Annalena Baerbock: „Was kümmern mich denn die Ukrainer?“

Die NachDenkSeiten verbannen den Buchstaben „Z“ aus den Texten